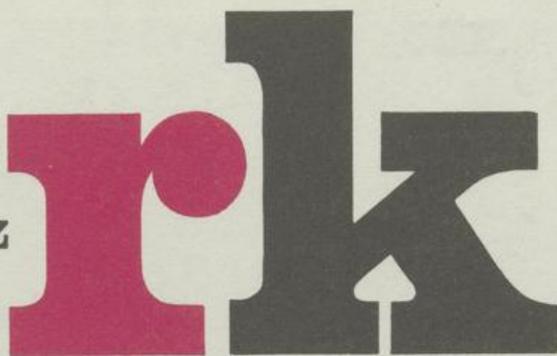


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 21. Oktober 1983

Blatt 2861

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Gratz: Friede ist Existenzfrage für Wien
(rosa) Wiener Gemeinderat

Lokal: 100. Geburtstag
(orange) Neues Bezirksmuseum Donaustadt wird Samstag eröffnet

Kultur: Serapionstheater mit "Heil'ge Hochzeit" zu
(gelb) Festwochen eingeladen

Nur
über FS: 20.10. Mädchen bei Straßenbahnunfall verletzt
21.10. Kommenden Dienstag Pressegespräch des
Bürgermeisters
Brand in Lagerhalle

100. Geburtstag

=++++

1 Wien, 21.10. (RK-LOKAL) Am Samstag, dem 27. Oktober feiert Frau Josefa LINHART aus der Enekelstraße in Ottakring ihren 100. Geburtstag.

Frau Linhart ist verwitwet und hat zwei Kinder, zwei Enkel und ein Urenkelkind. Der Ottakringer Bezirksvorsteher Alfred BARTON überbrachte Frau Linhart die Glückwünsche der Wiener Bevölkerung.
(Schluß) pa/gg

NNNN

Gratz: Friede ist Existenzfrage für Wien

Utl.: Stellungnahme des Bürgermeisters zum Friedensmarsch

=++++

4 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Zur Friedensdemonstration am Samstag erklärte Freitag Wiens Bürgermeister und Landeshauptmann Leopold GRATZ gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ": Zweimal in diesem Jahrhundert haben die Menschen Österreichs das Leid des Krieges erfahren. Zwei Generationen von Wienern mußten ihre Heimatstadt aus den Trümmern in Not und Entbehrungen wieder aufbauen. Die Friedensdemonstration am Samstag wird daher alle vereinen - die Jungen, die in einer Welt des Friedens und der Freiheit leben wollen und die Älteren, die selbst erlebt haben, was Zerstörung der Heimat bedeutet.

Wien ist eine weltoffene Stadt. Viele internationale Organisationen haben sich hier niedergelassen, zahllose Begegnungen zwischen Ost und West, Nord und Süd finden in Wien statt. Ein Eintreten für Frieden und Zusammenarbeit, für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik ist für Wien sowohl ein moralisches Anliegen, als auch geradezu eine Existenzfrage. Ein Wien, wie es viele nach dem Krieg erlebt haben, 60 km von einer undurchdringlichen Grenze entfernt, das wäre ein Wien ohne jenes internationale Leben, das so sehr Teil des geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens unserer Stadt ist. Daher wollen wir alle mit aller Leidenschaft und Zähigkeit für Frieden und Entspannung eintreten, das heißt, für ein Wien inmitten eines friedlichen Europas mit offenen Grenzen für Menschen und Ideen." (Schluß) r6/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYERHOFER (SPö) wurde am Freitag um 9 Uhr die Sitzung des Wiener Gemeinderates mit einer Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (öVP), wann mit dem Baubeginn eines dringend benötigten neuen Pflegeheimes zu rechnen sei, antwortete StR. STACHER (SPö), daß zwischen Brünner- und Prager Straße, gegenüber dem Heeresspital, die Errichtung eines Pflegeheimes mit 400 Betten geplant sei.

Allerdings sei die Finanzierung nicht gesichert, und es liege auch noch keine Detailierung vor. Auch die Frage des am besten geeigneten Grundstückes sei noch zu klären.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), wie er angesichts des jüngsten Kontrollamtsberichtes die Effizienz der Dienstaufsicht im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe beurteile, antwortete StR. Stacher, er halte die Effizienz der Dienstaufsicht auf Grund der gesetzten Maßnahmen derzeit für gut.- Bekanntlich versuche er für das Anstaltenamt eine innere Revision aufzubauen. Auch die Aufdeckung der Vorgänge in diesem einzelnen Pavillon beweise eine funktionierende Kontrolle. Weiters habe er die Weisung gegeben, daß durch Oberschwestern unangemeldete Kontrollbesuche in den Pavillons stattfinden sollen.

Auf die Zusatzfrage, ob er, der selbst Primarius ist, es sich vorstellen könne, daß in seiner Abteilung solche Vorgänge passierten, antwortete StR. Stacher, daß in einer Abteilung, wo es keine Geisteskranken gebe, solche Vorgänge nicht denkbar seien. Anfang des Jahres habe er in einem Brief an alle Primarii diese auf ihre volle Verantwortlichkeit für die Vorgänge in ihren Abteilungen hingewiesen. Abschließend bezeichnete StR. Stacher es als großen Erfolg, daß Vorgänge wie auf der Baumgartner Höhe heute nur mehr Einzelfälle seien. (Forts.) roh/jh

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), wieviel die Einrichtung der Gruppendirektionen gekostet habe, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß der Aufwand bei mehr als 92 Millionen lag. Die Gruppendirektionen können jetzt aufgelöst werden und neue Funktionen übernehmen. Die Bediensteten der Gruppendirektionen werden neue Aufgaben, wie Innenrevision, Betreuung des AKH und Ombudsmanfunktionen übernehmen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. SCHIEL (SPÖ), welche Auffassungen er zur Aufbringung von gesetzlich nicht gedeckten Straßenmarkierungen vertrete, betonte StR. RAUTNER, daß dies nach der StVO Verwaltungsübertretungen sind, die mit Geldstrafen von 5.000 bis 30.000 Schilling beziehungsweise Arrest bis zu sechs Wochen zu ahnden seien. Wenn die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer gefährdet sei, müsse auch der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt werden. So wurden Radwegmarkierungen, die entgegen den gesetzlich vorgegebenen Einbahnregelungen angebracht wurden, wieder entfernt. Auch die von ÖVP-Stadtrat Früst auf der Gerasdorfer Straße angebrachte Schutzwegmarkierung sei wieder entfernt worden. Dafür mußten 120.000 Schilling aufgewendet werden. Er werde die Kosten einfordern, sobald die polizeilichen Ermittlungen abgeschlossen sind, sagte StR. RAUTNER. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. SWOBODA (SPÖ), welche Maßnahmen im Bereich der Verkehrssicherheit geplant sind, antwortete StR. RAUTNER, man werde die technische Ausstattung in der MA 46 verbessern. Geplant ist der Ankauf von einem Geschwindigkeitsmeßgerät und einer Videokamera, um Unfallkonfliktforschung betreiben zu können.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Ing. HOFSTÄTTER (SPÖ), wieviele verkehrsbedingte Baustellen es im heurigen Sommer gab, antwortete StR. Rautner, die MA 46 habe 1.172 Baustellen mit Bescheid bewilligt. Die Fertigstellung sollte grundsätzlich bis Schulbeginn erfolgen. Auf Zusatzfragen, ob die Termine eingehalten wurden und wie die Informationstafeln angekommen sind, betonte Rautner, es sei nur in wenigen Fällen zu Terminüberschreitungen gekommen. Dafür wurden z.B. die Arbeiten beim Nordknoten, beim Handelskai und bei der Ameisbrücke vorzeitig beendet. Die probeweise Anbringung von Informationstafeln an zwölf Baustellen habe sich bewährt. Man wird im kommenden Jahr solche Tafeln bei allen Baustellen anbringen. (Forts.) sei/jh

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. MAYR (ÖVP), ob bei den Planungsbesprechungen für die Wienerberggründe bereits im Planungsstadium ein Vertreter der Fertigteilbau Wien teilgenommen habe, sagte StR. HOFMANN, daß für diese Anlage eine Ausführung der Objekte in Fertigteilen ins Auge gefaßt worden sei. Die FTBW sei daher ersucht worden, ihre umfangreichen Kenntnisse auf diesem Gebiet in die Planung einfließen zu lassen. Es bestehe jedoch - so HOFMANN auf die Zusatzfragen Dr. Mayrs - keine Absicht der freihändigen Vergabe für dieses Vorhaben und auch kein Wettbewerbsvorteil für die Fertigteilbau Wien.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. JANK (SPÖ), wieviele Wohnstraßen derzeit in Wien realisiert werden, sagte StR. HOFMANN, daß die Projekte in 1, Helferstorfer Straße (Juridicum), 1, Concordiaplatz, 2, Mexikoplatz und 3, Hörnesgasse bzw. Hörnesviertel in Bau seien. Für eine große Anzahl weiterer Projekte sei die Planung abgeschlossen, oder stehe der Planungsabschluß unmittelbar bevor. Diese Projekte werden in Kürze der Geschäftsgruppe Bauten zur Vornahme der ersten Verkehrsverhandlungen übermittelt. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö), welche Gründe gegen eine rasche Verwirklichung des Ring-Rund-Radweges sprechen, antwortete StR. RAUTNER, daß entsprechend dem Konzept vorerst die Radialverbindungen in die Erholungsgebiete hergestellt werden sollen. Erst dann folgt der Ring-Rund-Radweg. Seine Errichtung mit umfangreichen Sicherheitseinrichtungen wird ca. 30 Millionen Schilling kosten. Da er nicht glaube, daß die gesamte Bevölkerung an einer vorrangigen Errichtung dieses Radweges interessiert ist, werden die Prioritäten vorerst nicht geändert. Es werde aber derzeit die Möglichkeit einer Durchfahrt durch den 1. Bezirk für Fahrräder geprüft. Rautner sprach sich dafür aus, eingeleitete Konzepte erst dann zu ändern, wenn dies dem Großteil der Bevölkerung Vorteile bringt. Vorrangig sei in allen Fällen die Sicherheit.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Maria PAUL (SPö), was gegen die Ursachen der vermehrten Beschwerden von U-Bahn-Fahrgästen hinsichtlich der Sicherheitsverhältnisse unternommen werde, antwortete StR. HATZL, daß entsprechende Gespräche mit Polizei und Innenministerium bevorstehen. Da es Beschwerden im Zusammenhang mit Bänken auf Gängen und Wegen gegeben habe, die nicht in erster Linie den U-Bahn-Fahrgästen dienen, werde überlegt, diese Bänke zu entfernen. Polizeiwachzimmer sollen nach Möglichkeit in neuen U-Bahn-Stationen, wie Erdberg, Rochusplatz und Westbahnhof, eingerichtet werden.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), ob die langen Intervalle der Straßenbahn in den Abendstunden die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel attraktiv machen, antwortete StR. HATZL, daß zur Verbesserung der Situation Maßnahmen zur Durchsetzung des Vorranges für den öffentlichen Verkehr verwirklicht werden, doch führen äußere Einflüsse dennoch immer wieder zu Störungen des Betriebes. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die 12. ANFRAGE von GR. LACINA (SPÖ), ob eine Möglichkeit zur kostenlosen Einfahrt in den Wiener Zentralfriedhof für behinderte Personen bestehe, die von der Entrichtung der KFZ-Steuer befreit sind, antwortete StR. HATZL (SPÖ), es sei vorgesehen, die Einfahrtsgebühr in den Zentralfriedhof auf den Selbstkostenbetrag von fünf Schilling zu reduzieren. Als spätestster Termin für diese Maßnahme kommt der Jänner 1984 in Betracht.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), wie er zu der Tatsache stehe, daß von der Magistratsabteilung 24 für die Errichtung des geplanten Bezirkszentrums am Elterleinplatz die Fällung von Bäumen auf Privatgrund beantragt wurde, ohne daß der Eigentümer zugestimmt habe, antwortete StR. HOFMANN, es handle sich dabei um vier Bäume entlang der Grundstücksgrenze, deren Wurzeln aufgrund der Fundamentierungsarbeiten in Mitleidenschaft gezogen würden. Die Magistratsabteilung 24 habe im Rahmen des Baumschutzgesetzes einen korrekten Antrag bei der Bezirksvertretung gestellt. Seine Abteilungen halten sich bei ihrer Vorgangsweise genau an die gesetzlichen Normen, betonte Hofmann.

Auf die 14. ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Maßnahmen in Aussicht genommen seien, um die derzeit noch unvermieteten rund 700 Wohnungen im Heinz-Nittel-Hof zu besiedeln, antwortete StR. Hofmann, aufgrund eines Berichtes der Magistratsabteilung 50 wäre es in Zukunft günstig, auch bei Gemeindebauten die Vorvergabe der Wohnungen schon während der Bauzeit zu betreiben. Das sei bei diesem Bau allerdings nicht mehr möglich. Zur Beschleunigung der Vermietung seien hier zusätzlich drei Beamte eingesetzt worden, die auch die Möglichkeiten der ADV ausnützen können. Damit sei bereits eine Reduzierung der Zahl der unvermieteten Wohnungen erreicht worden. (Forts.) roh/jh

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

11 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen zwei schriftliche ANFRAGEN der FPÖ und acht Anfragen der ÖVP vor, weiters ein ANTRAG der SPÖ über die Schaffung von Wohnungskommissionen sowie vier Anträge der ÖVP über zeitlich beschränkte Halteverbotszonen bei Aufgrabungsarbeiten, über die Finanzierung der Verwendung von beschäftigungslosen Lehrern in der Erwachsenenbildung, zur Übernahme der Kosten für eine freiwillige Sozial- und Pensionsversicherung von Pflegemüttern durch die Gemeinde Wien und über den Einsatz von Begleitpersonen für Behindertenfahrtendienste.

Zwtl.: Angelobung eines neuen Gemeinderates

Anstelle von GR. WINDHAB (SPÖ), der sein Mandat zurückgelegt hat, wurde der bisherige Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 4. Bezirkes Alfred HUMMEL (SPÖ) als Gemeinderat angelobt. Der Vorsitzende des Gemeinderates MAYRHOFER (SPÖ) würdigte das langjährige Wirken von GR. WINDHAB. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

12 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Der neue, auf das Jahr 1993 prognostizierte "Zielplan für die Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien" stellt nach den Worten von StR. Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER die Fortsetzung des Zielplanes aus dem Jahr 1975 dar. Die statistischen Grundlagen sind die Volkszählung 1981 und die Bilanz der Krankenanstalten aus dem Jahr 1982. "Die Krankenversorgung kann nur ein Teil einer umfassenden Gesundheitspolitik sein," sagte Stacher. Die Schwerpunkte der Gesundheitspolitik werden entsprechend dem Zielplan weiterhin sein:

- o genügend Spitalsbetten, dort, wo sie benötigt werden;
- o weitere Ingegration der Sozial- und Gesundheitsdienste, damit nur jene Patienten stationär aufgenommen werden, bei denen dies unbedingt notwendig ist;
- o mobile Nachsorge, wodurch älteren Menschen zu Hause in gewohnter Umgebung geholfen werden kann.

Als Erfolg wertete Stacher den deutlichen Rückgang der Verweildauer, die 1982 nur mehr 12,4 Tage betrug. Eine Auslastung der systematisierten Betten zu 85 Prozent wird angestrebt. Den Bau des Krankenhauses im SMZ-Ost bezeichnete Stacher als eine unbedingte Notwendigkeit, um die Versorgung der Patienten in den Bezirken jenseits der Donau sicherzustellen. Darüber hinaus sei auch eine Änderung des Bundesanstaltenkrankengesetzes notwendig, da die derzeitige Einteilung in Zentral-, Schwerpunkt- und Standardspitäler für eine Großstadt unzweckmäßig ist. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

13 Wienb, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Großes Augenmerk werde auch auf die Organisation und auf die Rationalisierung gelegt, betonte Stacher, wobei die Humanisierung der Krankenanstalten nicht in den Hintergrund treten darf. Ein Schwerpunkt wird dabei insbesondere das Recht des Patienten auf Information und mündige Mitarbeit bei der Behandlung bilden.

Im Bereich der Altenhilfe ist die Schaffung von Einrichtungen der "Mobilen Nachsorge" besonders wichtig.

Zum Vorwurf der Volkspartei, daß keine Kosten-Nutzen-Rechnung vorliege, betonte Stacher der Nutzen sei die Heilung der Patienten. (Forts.) fk/jh

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

14 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) hob zunächst die positiven Aspekte des Zielplanes hervor. Das Absinken der Verweildauer gehöre dazu, ebenso die bessere Personalsituation. Die Unterversorgung mit Krankenbetten in Floridsdorf und in der Donaustadt werde drastisch aufgezeigt. Es käme nun darauf an, daß der Bau des SMZ-Ost im kommenden Budget und im fünfjährigen Finanzplan berücksichtigt wird.

Die immer wiederkehrenden Mißstände in den Psychiatrischen Krankenanstalten konnten bis heute nicht abgestellt werden. Hier wirkt eine "Spitalsmafia", die ein Klima der Angst und der Unsicherheit erzeugt. Symptomatisch dafür ist, daß der junge Hilfspfleger, der die jüngsten Vorfälle auf der Baumgartner Höhe aufzeigte, nach drei Monaten als einziger die Anstalt verlassen mußte. Es wäre mehr als gerecht, wenn das Anstaltenamt diesen jungen Menschen wieder einstellen würde. Es sei auch unbegreiflich, daß leitende Bedienstete von all diesen Vorfällen nichts gemerkt haben sollen. Um für die Spitalsmafia eine "heilsame Unruhe" zu schaffen, stellte Hirnschall den ANTRAG, innerhalb der MA 17 ein Referat Innenrevision einzurichten, das möglichst schnell mit der "Spitalsmafia" aufräumen soll. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

15 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. WORM (öVP) nahm zunächst zu den Vorfällen im Psychiatrischen Krankenhaus Am Steinhof Stellung. Worm forderte von allen Menschen und vor allem von den Verantwortlichen "tätiges Mitlied", um das Los der kranken Menschen in dieser Anstalt zu erleichtern. In einem BESCHLUSSANTRAG forderte er eine den modernen Erkenntnissen in Medizin und Psychiatrie entsprechende Aus- und Weiterbildung des gesamten Personals in den Psychiatrischen Anstalten der Stadt Wien sowie die Einführung einer begleitenden Kontrolle. Im übrigen dankte Worm dem größten Teil des Pflegepersonals für seine aufopfernde Arbeit.

Anschließend befaßte sich Worm mit dem Krankenhaus Wien-Ost, dessen konkrete Realisierung im medizinischen Zielplan 1983 nicht ersichtlich sei. Und das, so Worm, obwohl dieses Krankenhaus nun schon seit weit über einem Jahrzehnt geplant und angekündigt werde, obwohl es einen Vertrag mit Niederösterreich über den Bau dieses Spitals gebe und obwohl der Bau auch schon in Unterschriftenaktionen der SPÖ gefordert worden sei. Der Grund für die medizinisch nicht vertretbare Verzögerung liege in der Tatsache, daß der Moloch AKH und andere Fehlplanungen die Finanzkraft der Stadt Wien derartig geschwächt hätten, daß an den Bau des Krankenhauses Ost nicht zu denken sei. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

17 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. HUBER (SPö) erklärte, der Zielplan bilde für das nächste Jahrzehnt den Rahmen für weitere Detailentscheidungen. Dazu gehören organisatorische Vorschläge für weitere Modernisierungen, Bedarfsprognosen und der Wegfall der Gruppendifferenzen. Es wurden zwei Technische Servicezentren installiert, die so erfolgreich sind, daß nun in mehreren weiteren Spitälern Technische Direktoren eingesetzt werden sollen. Trotz aller Rationalisierungsbestrebungen stehe jedoch die Humanisierung weiter im Vordergrund. Huber unterstrich die Bedeutung des Baues des SMZ-Ost und verwies darauf, daß in den Wiener Spitälern zahlreiche Nicht-Wiener-Patienten behandelt werden. Dafür erhalte Wien jedoch nicht die entsprechende Abgeltung. Huber brachte den ANTRAG ein, der Bund solle die Krankenversicherungsträger so ausreichend ausstatten, daß sie in der Lage sind, entsprechende Pflegegebühren und Entgelte zu leisten. Vereinbarungen sollen hinsichtlich der Behandlung ausländischer Patienten abgeschlossen werden, um dem Spitalsträger die Kosten abzugelten.

Bei der Übernahme von ortsfremden Patienten hat der Bund dafür zu sorgen, daß eine volle Abgeltung der Differenz zwischen den der Stadt Wien geleisteten Ersätzen und Zuschüssen und den tatsächlichen Kosten erfolgt. Die durch Lehre und Forschung bedingten Mehrkosten in den Krankenanstalten sollen vom Bund zur Gänze getragen werden.
(Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

+++++

18 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) stellte fest, daß die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses entgegen den Usancen vor der betreffenden Sitzung nicht einmal den Zielplan als Unterlage erhalten hätten. StR. STACHER sei nun die dritte Legislaturperiode im Amt, heute habe er zugeben müssen, daß nicht einmal der erste Teil der Psychiatriereform in vollem Umfang verwirklicht werden konnte.

Ihr sei bewußt, daß die überwiegende Mehrheit des Pflegepersonals ihren Beruf mit Hingabe und voller Pflichterfüllung ausübe, erklärte Fleming. Diese Mehrheit hätte Anspruch auf eindeutige Klärung der Vorfälle im Krankenhaus Baumgartner Höhe durch eine Disziplinaruntersuchung gehabt. Es sei unverständlich, daß es nach so langer Zeit nicht dazu gekommen sei. Fleming kritisierte die Mißstände in der Versorgung und Pflege der Patienten in den dezentralen Wohnheimen. Die Verantwortung dafür liege nicht beim Personal, sondern allein beim zuständigen Stadtrat.

Fleming stellte den ANTRAG, eine "Psychiatriekommission" einzurichten. Diese Kommission sollte die Aufgabe haben, sich laufend über die Kontrolle der Arbeitsweise des Pflegepersonals der Psychiatrischen Krankenanstalten der Stadt Wien sowie in den dezentralen Wohnheimen zu informieren, über auftretende Probleme der Psychiatriereform zu beraten und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.
(Forts.) roh/jh

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

19 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) verwies darauf, daß der Zielplan 1975 einstimmig beschlossen wurde und internationale Anerkennung gefunden hat. Seither wurden besonders die sozialen Dienste qualitativ und quantitativ ausgebaut, sie sind schnell und unbürokratisch wirksam. Vorwürfe, die gegen diese sozialen Dienste, wie Heimhilfe, Besuchsdienst, Reinigungsdienst, Reparatur- und Wäschedienst, erhoben werden, zeigen lediglich, daß den Kritikern die Sachkenntnis fehlt. Die sozialen Dienste werden über alle Parteigrenzen hinweg von privaten Vereinigungen getragen.

Als großen Erfolg der Rehabilitation wertete Andriik, daß bis zu 20 Prozent der Pflegeheiminsassen wieder in ihre Wohnungen zurückkehren können. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

20 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Ein Konzept für die Wiener Spitäler ist durch den vorgelegten Zielplan nicht einmal schemenhaft zu sehen, erklärte Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP). Es werde vermieden, exakte Ziele und deren Realisierung anzugeben, der Zielplan sei durch Resignation vor bestehenden Zuständen gekennzeichnet.

Im einzelnen kritisierte Wagner, daß die Bedürfnisse der Belegung der Spitäler dem vorhandenen Bettenpool angepaßt werden. Patienten werden solange "gehalten", bis ein anderer Patient nachrückt. Die Hoffnung, durch mehr Geld für den klinischen Mehraufwand und durch eine Abgeltung der Kosten für auswärtige Patienten zum Bau des SMZ-Ost zu kommen, bezeichnete Wagner als "Kinderbriefe an den Weihnachtsmann". Es wäre besser, auf Kosten des AKH-Neubaues mit dem SMZ-Ost zu beginnen.

Abschließend forderte Wagner eine Reform der Spitalsfinanzierung. Eine Fortschreibung der derzeitigen Zustände werde bald zu einem finanziellen Chaos führen. Der Gesundheitsstadtrat müßte sich darum kümmern, daß er mit den zur Verfügung stehenden Geldern auskommt. Von der Sozialversicherung wäre zu fordern, daß sie auch bei den Spitälern und bei den Ambulanzen leistungsbezogen bezahlt. Derzeit werden nur die praktischen Ärzte von der Sozialversicherung leistungs- und fallbezogen honoriert, und daher hat die Sozialversicherung Interesse, Behandlungen in die Spitäler zu verlegen. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

21 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) sagte zunächst zu den Vorfällen in Steinhof, daß sie nur Anlaß sein könnten, sich noch mehr um die Psychiatriereform zu bemühen. Er lehne es jedoch ab, wenn versucht werde, parteipolitisches Kapital aus dieser Sache auf dem Rücken der Patienten zu schlagen.

Zum Zielplan sagte, Swoboda, daß dieser die Richtlinien für die Zukunft gebe, die befolgt und erfüllt werden sollten. Die Details müßten dann jeweils angepaßt werden. Swoboda wies auch auf die hohen Kostenbelastungsfaktoren für die Wiener Spitäler im Bezug auf die Anzahl der Betten, des Personals und der Ambulanzleistungen hin, die sich jeweils überproportional zu den anderen Bundesländern verhielten. Eine vermehrte Abgeltung dieser Belastungen wäre nötig und es wäre schön, so Swoboda, wenn durch die Zustimmung der öVP zum Zielplan die Verhandlungsposition Wiens gestärkt würde.

(Forts.) gab/jh

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

23 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. ENGELMAYER (öVP) befaßte sich mit den Vorfällen im Pavillon XVI des Psychiatrischen Krankenhauses. Er führte aus, alle Bediensteten, die darin verwickelt waren, seien mit den selben Aufgaben in andere Pavillons versetzt worden. Lediglich der Oberpfleger sei, wenn auch mit den selben Bezügen, ins Archiv versetzt worden. Dies entspreche einer Degradierung ohne dienstrechtliches Verfahren. Er vertrat die Ansicht, die ungleiche Behandlung sei darauf zurückzuführen, daß der Oberpfleger dem ÖAAB angehöre. Engelmayer forderte StR. STACHER auf, sofort die notwendigen disziplinären Maßnahmen zu ergreifen, um in dieser Angelegenheit Klarheit zu schaffen.

Aus diesem Anlaß entwickelte sich eine heftige Kontroverse zwischen GR. Engelmayer und GR. Dr. HIRNSCHALL, der in einem Zwischenruf darauf hinwies, der Oberpfleger hätte die Vorfälle bemerken müssen und sei daher mitverantwortlich. Engelmayer replizierte, er wehre sich gegen ungleiche Behandlung und Verpolitisierung der Tätigkeit von Beamten. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

24 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Der Bereich Vorsorge, kritisierte Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP), sei im Zielplan 1983 völlig außer acht gelassen worden. Vorsorge auch in den Bereichen Ernährung und Sport könnte Einsparungen bedeuten.

Auf dem Sektor Altenhilfe herrsche immer noch ein Mangel an Pflegeheimbetten, betonte HAMPEL-FUCHS. Der Zielplan 1983 lasse jede Vision vermissen, wie es auf diesem Sektor weitergehen soll. Derzeit, erklärte HAMPEL-FUCHS, seien rund 1.300 pflegebedürftige alte Menschen für ein Bett in einem Pflegeheim vorgemerkt. Die mobile Nachsorge zu verstärken, sei ein guter Gedanke, für die Wartenden käme er aber zu spät. Ebenso vernachlässige der Zielplan 1983 die Sozialen Dienste, besonders die Heimhilfe. Außerdem seien viele Serviceeinrichtungen zu bürokratisch, zu teuer und unflexibel. Zukunftsperspektiven beziehungsweise neue innovatorische Lösungen seien in einem Zehnjahres-Zielplan unbedingt notwendig. HAMPEL-FUCHS kritisierte das Fehlen von Überlegungen über Nachbarschaftshilfe, Notruftelefon mit finanzieller Dotierung, sowie verstärkter Subventionierung von Selbsthilfegruppen. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

25 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) schloß sich der Verurteilung der Vorgänge im Psychiatrischen Krankenhaus vollinhaltlich an. Ebenso unterstrich er die Aussagen von StR. STACHER gegen alle Formen der Menschenhatz. Dem Antrag von GR. Ing. WORM (ÖVP) auf eine den modernen Erkenntnissen in Medizin und Psychiatrie entsprechende Aus- und Weiterbildung des Personals könne er durchaus zustimmen. Weiters begrüßte Dinhof die vom Gesundheitsstadtrat angekündigte Innenrevision, die dringend nötig sei.

Zum Debattenbeitrag von GR. Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) über die leistungsbezogene Finanzierung bei den Krankenanstalten meinte GR. Dinhof, dieses Problem müsse gemeinsam gelöst werden. (Forts.)

fk/ko

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

26 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Der Zielplan sei ein Werk von Technikern, das an den Problemen der Krankenversorgung in Wien vorbeigehet, erklärte GR. Dkfm. Sigrun SCHLICK (öVP). Für die öVP gebe es sechs Gründe, den Zielplan abzulehnen:

- o Die Ziele sind so unklar definiert, daß man nur von einem "Brief an das Christkind" sprechen könnte.
- o Das AKH wird völlig ausgeklammert.
- o Über die Humanisierung des Spitals verliert man nur wenige Sätze.
- o Das SMZ-Ost wird beiseite geschoben.
- o Es fehlen Angaben über die Realisierung.
- o Zur Finanzierung gibt es keine Aussage.

Die öVP wäre zu einer Zusammenarbeit jederzeit bereit. Ein hundert Seiten starkes Werk so zu übergeben, daß man nur mehr Beistriche ändern könne - unter diesen Bedingungen kann nicht zusammengearbeitet werden, erklärte Schlick. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Zielplan für Krankenversorgung

=++++

27 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort betonte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß der Zielplan vor allem die Gesamtziele und den Rahmen der Gesundheitspolitik der kommenden Jahre abstecke, einer Gesundheitspolitik, deren Ziele es seien, die Umwelt so zu verbessern, daß weniger Menschen krank werden, die Kranken optimal zu behandeln und den Alten Zuwendung und Versorgung zu geben.

Den Rednern der öVP warf Stacher vor, vorgefaßte Meinungen zu verbreiten, lediglich zu kritisieren, aber keine konkreten Vorstellungen zum Gesundheitswesen, ja nicht einmal Ansätze eines Planes vorzulegen. Stacher betonte, aufgrund der dauernden Änderungen in der Medizin sei es nicht möglich, exakt etwa die Bettenpläne für die kommenden Jahre anzugeben. Derartige Details müßten jeweils dem Gesamtplan angepaßt werden. Im übrigen, so Stacher, sei das Spitalswesen nicht nur in Wien, wie man aufgrund der Aussagen der öVP glauben könnte, sondern in der ganzen Welt in Diskussion.

Zur Psychiatriereform sagte Stacher, daß hier bereits zahlreiche Maßnahmen zur Wirkung gekommen seien, die gesamte Reform jedoch ein jahrelanger Prozeß sei. Das SMZ-Ost sei teilweise (Schwesternschulen und Wohnungen, Altenpflegeheim) fertiggestellt, die Grobplanung für das Spital liege ebenfalls vor.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde mit den Stimmen der SPö und der FPö angenommen.

Einstimmig angenommen wurden ein Antrag der FPö auf Innenrevision für alle Spitäler und Pflegeheime, ein Antrag der öVP auf entsprechende Aus- und Weiterbildung des Personals im Psychiatrischen Krankenhaus und ein Antrag der SPö, der fordert, der Bund solle die Krankenversicherungsträger so ausreichend ausstatten, daß sie die Pflegegebühren abdecken können. Ein Antrag der öVP auf Einrichtung einer Psychiatriekommission wurde einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Roßauer Brücke

-++++

28 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte eine Sachkrediterhöhung um 17 Millionen Schilling für die Roßauer Brücke.

GR. HAHN (öVP) kritisierte, daß beim ursprünglichen Beschluß für den Brückenbau von einer Pauschalsumme die Rede gewesen sei, während jetzt eine Erhöhung um 17 Millionen beschlossen werden soll. Deshalb lehnt die öVP den Beschluß ab. Auch dann, wenn die Kosten für die Brücke vom Bund refundiert werden, werde der Steuerzahler dafür zur Kasse gebeten.

GR. VEJTISEK (SPö) erklärte, daß der ursprüngliche Beschluß nur den Bau der Brücke selbst und dessen Finanzierung betroffen habe. Nunmehr gehe es um die Ausgestaltung der Ufer, die städtebauliche Einbindung und die Errichtung der Ampelanlagen. Die Ausgestaltungskosten konnten seinerzeit nicht mitbeschlossen werden, weil sie sich erst aus dem Brückenprojekt ergaben, dessen Ausführung nach einem Firmenwettbewerb erfolgte. Die Kosten für den Bau der Brücke sind seit dem seinerzeitigen Beschluß nicht gestiegen.

GR. Ing. Svoboda deponierte in seinem Schlußwort, daß es zu keiner Kostensteigerung gekommen ist und daß die Art der Ausschreibung geringere Kosten für das Gesamtprojekt ermöglichte.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und FPö angenommen.

(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum

=++++

29 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Zum Antrag, dem österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum eine Förderung von 200.000 Schilling zur Durchführung der Wanderausstellung "Bildungsbauten der Stadt Wien" zu gewähren, erklärte GR. PROCHASKA (ÖVP), die eigentliche Auseinandersetzung um das Museum habe bereits im letzten Gemeinderat stattgefunden. Seine Fraktion zweifle an der Finanzgebarung, abgesehen davon könnten die Ausstellungen nach wissenschaftlichen Kriterien kaum bestehen. Teilbereiche der Ausstellungen seien Reprisen aus dem Fundus des Museums. Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum tauche immer wieder mit Förderungswünschen in den verschiedensten Ressorts auf. PROCHASKA erklärte, er empfinde Unbehagen darüber, daß wegen Auftragsarbeit der Magistratsabteilung 13 eine andere Ausstellung mit Aktualitätsbezug nicht veranstaltet werden könne.

GR. Gertrude STIEHL (SPö) hob den Erfolg der Wanderausstellungen hervor. Es handle sich bei der Ausstellung "Bildungsbauten der Stadt Wien" um eine wertvolle Ausstellungsserie in volksbildnerisch akzentuiertem Rahmen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.
(Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Wiener Hafen

=++++

30 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Christine SCHIRMER (SPö) stellte den Antrag, der Wiener Hafen Ges.m.b.H. einen Investitionszuschuß von 47,4 Millionen Schilling zu gewähren.

GR. SCHMIDTMEIER (SPö) wies darauf hin, daß damit insgesamt ein Investitionsvolumen von 75 Millionen getätigt wird. Im speziellen soll die Hafeneinfahrt verbreitert werden. Die Investitionen seien wirtschaftlich vertretbar und umweltschonend. Der Wiener Hafen ist wertvoll für die Wiener Wirtschaft und für die gesamte Ostregion. Der Transport von Gütern per Schiff ist umweltfreundlich und entlastet die Handelsbilanz.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) kündigte die Zustimmung der ÖVP zum Investitionszuschuß an. In einem ANTRAG forderte er die Unterschutzstellung des Blauen Wassers und der Au Landschaft nördlich und nordwestlich des Albern Hafens unter Einbeziehung des Schneidergrundes. Gleichzeitig sollte auf den Bau einer städtischen Wohnhausanlage auf dem Areal des Leberweges verzichtet werden.

GR. HAAS (SPö) begrüßte den ersten Teil des Antrages und wies darauf hin, daß die Simmeringer Bezirksvertretung bereits einen Antrag zur Unterschutzstellung des Blauen Wassers gestellt habe. Den Verzicht auf die Errichtung der Wohnhausanlage auf dem Leberweg lehnte GR. Haas ab. Der Leberweg soll städtebaulich genützt werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen. Der ÖVP-Antrag wurde zugewiesen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Verkehrsbetriebe-Tarife

=++++

31 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZI (SPÖ) beantragte als Berichterstatter, mit 1. Jänner 1984 die Tarife der Wiener Verkehrsbetriebe zu erhöhen. Dabei betonte er, daß die Mehreinnahmen für wichtige Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs verwendet werden. Der Durchschnittserlös pro Fahrt sei seit 1982 von 4,32 Schilling auf 4,10 Schilling gesunken. Dies sei auf den seither erfolgten Anstieg der Betriebskosten, aber auch auf den gewünschten Anstieg der Zeitkartenbenützer zurückzuführen. Mit der jetzigen Tarifierfassung wird auf der Einnahmenseite nur jener Zustand wieder hergestellt, der nach der letzten Änderung im Jahr 1982 vorhanden war.

Insgesamt werden die Zeitkarten am geringsten angehoben. So wird die Jahresnetzkarte 3.500 Schilling (bisher 3.200 Schilling) und die Monatsnetzkarte 350 Schilling (bisher 320 Schilling) kosten. Bei der Monatsnetzkarte ergibt sich eine Verteuerung um 30 Schilling, das ist pro Tag ein Schilling. Bei der Jahresnetzkarte ist der Betrag noch geringer. Stark angehoben wurde dagegen die Strafgebühr für Schwarzfahrer mit 320 Schilling (bisher 250 Schilling) und der Schaffnerfahrtschein.

Es wird aber - neben den Investitionen - auch zu Verbesserungen kommen:

- o Die Gratisfahrt während der Ferien gilt nun für Schüler bis zum 19. Lebensjahr (bisher bis zum 14. Lebensjahr).
- o Die Zeitbeschränkung bei Kurzstrecken und Pensionistenfahrtscheinen wird aufgehoben.

Abschließend betonte StR. Hatzl, daß keine Stadt in Österreich ein solches Angebot von sozial gestalteten Tarifen vorweisen kann, und es gibt auch nirgends solch günstige Langzeitkarten. (Forts.) sei/ko

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Verkehrsbetriebe-Tarife

=++++

32 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) begrüßte die Maßnahme, die Freifahrten für Schüler während der Ferien bis zum 19. Lebensjahr auszudehnen. Die Tarifierhöhung selbst ist jedoch nicht richtig. Das Bundesland Wien erhält durch das Maßnahmenpaket der Bundesregierung im nächsten Jahr Mehreinnahmen von 650 Millionen Schilling. Die Verkehrsbetriebe könnten alle ihre Investitionen aus diesen Mehreinnahmen decken. Man sollte die Wiener Tramway zuerst schneller und dann erst teurer machen, meinte Pawkowicz abschließend. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Verkehrsbetriebe-Tarife

=++++

33 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP) lehnte namens seiner Fraktion den Antrag auf Tarifierhöhung bei den Wiener Verkehrsbetrieben ab. Die Bewältigung der Verkehrsprobleme, erklärte Kreiner, zähle zu den wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben. Der Vorrang des öffentlichen Verkehrs vor dem Individualverkehr könnte nur durch eine Attraktivitätssteigerung, auch im Bereich der Tarife, erreicht werden. Mit der Tarifierhöhung werde aber die Abhängigkeit der Bevölkerung von Leistungen der Wiener Verkehrsbetriebe ausgenützt. Eine Tarifierhöhung um mindestens zwölf Prozent könne die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel nicht steigern.

Die Wiener Verkehrsbetriebe hätten weder 1982 noch 1983 jenen Rahmen ausgenützt, der ihnen von der Gemeinde Wien zur Abdeckung des Defizits und zur Investitionstätigkeit zur Verfügung gestellt wurde. Die Tarifierhöhung sei daher nicht gerechtfertigt. Kreiner appellierte an den Wiener Gemeinderat, den Fehler einer Tarifierhöhung zu vermeiden und den Tarifstop zu verwirklichen.

(Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Verkehrsbetriebe-Tarife

=++++

34 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRSCH (SPö) erklärte, daß auch für die SPö Tarifierhöhungen schmerzlich seien, da ihr jedoch die Wähler die Verantwortung übertragen haben, bleibe es ihr nicht erspart, hier eine objektive Anpassung vorzunehmen. Hirsch verwies auf die positiven Auswirkungen von Straßenbahn und U-Bahn auf die Umwelt und erläuterte anhand von Beispielen, daß das Tramwayfahren in Wien verglichen mit anderen österreichischen Städten weitaus am günstigsten ist. Das betrifft nicht nur die Kosten für die Monats- und Jahreskarten, sondern läßt sich auch an der Länge des Liniennetzes objektivieren. GR. Hirsch brachte einen ABÄNDERUNGSANTRAG ein, durch den die Bezahlung der Jahresnetzkarte für Polizei und Kriminalbeamte günstiger als im ursprünglichen Antrag geregelt werden soll.

Abschließend unterstrich GR. Hirsch die soziale Staffelung der Tarife bei den Wiener Verkehrsbetrieben, die international Anerkennung gefunden habe und nachgeahmt werde. Reformen des Tarifsystems seien nie abgeschlossen. Die letzte Tarifreform habe sich positiv ausgewirkt. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Verkehrsbetriebe-Tarife

=++++

35 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) StR. FÜRST (ÖVP) begrüßte den Abänderungsantrag. Es sei im Interesse der Sicherheit der Bürger und des Schutzes des öffentlichen Gutes, wenn Angehörige der Exekutive in Uniform, aber auch in Zivil die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Fürst trat dafür ein, die Exekutive gratis fahren zu lassen. Die Begründung der Tarifierhöhung bezeichnete Fürst als widersprüchlich. Es sei gelungen, durch die letzte Tarifreform einen neuen Fahrgastrekord zu erreichen, jetzt werden - durch die Erhöhungen - die Fahrgäste wieder vertrieben.

Die Ablehnung der Tarifierhöhung begründete der ÖVP-Redner auch mit dem sozialen Aspekt. Betroffen davon sind die Familien und die Bezieher kleinerer Einkommen. Die Tarifierhöhung sei nichts anderes als eine getarnte Steuerschraube. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Verkehrsbetriebe-Tarife

=++++

37 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) sagte, die Anpassung der Tarife sei notwendig, um das Unternehmen Verkehrsbetriebe gesund zu erhalten. Schließlich müsse auch die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel gewahrt und gehoben werden. Außerdem müsse man die kommende Erhöhung im Zusammenhang mit der Tarifreform 1982 sehen, die ein großer Erfolg war und durch die Preisreduzierung für die Zeitkarten eine große Frequenzerhöhung für die Verkehrsbetriebe brachte.

Zu Einzelfragen, die die Vorredner aufgeworfen hatten, sagte Riedler, daß sehr wohl eine ganze Reihe von öffentlichen Linien beschleunigt worden sei. Die Erhöhung der Pensionistenfahrtscheine liege unter der durchschnittlichen Erhöhung der Fahrtscheine und sei daher durchaus als sozial zu bezeichnen. Im übrigen bedeute die Tarifierhöhung lediglich eine Indexsteigerung von 0,02 Prozent. Schließlich wandte sich Riedler gegen die Methode der Oppositionsparteien, Gemeinderatsreden bereits Stunden vorher über Fernschreiber an die Öffentlichkeit zu bringen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Verkehrsbetriebe-Tarife

=++++

38 Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) In weiteren Wortmeldungen betonten GR. PAWKOWICZ (FPÖ), daß eine Aussendung des FPÖ-Pressedienstes von heute mittag kein Vorgriff auf seine Rede am Nachmittag gewesen ist sowie StR. FÜRST (ÖVP), daß für Polizisten und Kriminalbeamte nunmehr eine Verteuerung und keine Verbilligung eintrete.

StR. HATZL betonte, daß es für die Opposition wohl nie einen günstigen Zeitpunkt für eine Tarifierhöhung gebe. Trotz der Tarifierhöhung wird die Hoheitsverwaltung im nächsten Jahr für die Verkehrsbetriebe Leistungen von 3,3 Milliarden Schilling erbringen. Würde man einen Tarifstopp einführen, könnten die Verkehrsbetriebe entweder weniger machen, oder die Hoheitsverwaltung müßte noch mehr zuschießen. Dann würde sich die Opposition jedoch in der Budgetdebatte sicher über die geringeren Investitionsausgaben der Hoheitsverwaltung aufregen. Die Argumentation der Opposition ist zu durchsichtig und politisch zu unglaubhaft.

StR. Hatzl ging dann noch auf die Fragestunde des Vormittags ein und meinte, daß es gestern bei der Linie "0" in der Troststraße wegen eines Verkehrsunfalles zu Verzögerungen im Intervall gekommen wäre. Daraufhin meinte GR. Mag. KAUER (ÖVP) in einer Berichtigung, es kann durch einen Verkehrsunfall nicht zu Intervallstörungen bei sämtlichen auf einer Linie fahrenden Wagen kommen. Daraufhin betonte StR. HATZL in einer Berichtigung, daß dies sehr wohl möglich sei. Durch Vorfälle in der von ihm geschilderten Art kann der gesamte Umlauf in Unordnung kommen.

ABSTIMMUNG: Der in der Debatte gestellte Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen. Die mit 1. Jänner 1984 wirksamwerdende Tarifierhöhung wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Wiener Gemeinderat beendete um 18.35 Uhr, nach etwas mehr als neuneinhalbstündiger Dauer seine Sitzung. (Schluß) sei/gg

NNNN

Neues Bezirksmuseum Donaustadt wird Samstag eröffnet

=++++

16 #Wien, 21.10. (RK-LOKAL) Das neue Donaustädter Bezirksmuseum wird am Samstag, dem 22. Oktober, um 10 Uhr von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eröffnet.

Das Museum ist am Kagraner Platz 53-54 in einem ehemaligen Spritzenhaus der freiwilligen Feuerwehr und einer ehemaligen Dampftramwaystation untergebracht.#

Unter den Exponaten befinden sich alte Bilder, ein Betstuhl und ein Kirchenkreuz aus der Kirche Süßenbrunn, der Barockaltar der ehemaligen Asperner Kirche, ein Grenzstein aus Kagran aus der Zeit Maria Theresias, der den Davidstern trägt, ein Schlitten mit Schellengeläut, Glocken aus Eßling und Stadlau, ein Relief des Hirschstettner Schlosses und eine Seilerkrone aus dem 19 Jahrhundert. Ein eigenes Zimmer ist der Geschichte der Reichsbrücke gewidmet, deren erster Vorläufer die Kronprinz-Rudolf-Brücke war.

(Schluß) emw/jh

NNNN

21. Oktober 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2887

Serapionstheater mit "Heil'ge Hochzeit" zu Festwochen eingeladen

=++++

36 Wien, 21.10. (RK-KULTUR) Das Serapionstheater ist bereits vor einiger Zeit eingeladen worden, seine erfolgreiche Aufführung "Heil'ge Hochzeit" im Rahmen der Wiener Festwochen 1984 im Messepalast zu zeigen. Das stellte Kulturstadtrat Franz MRKVICKA zu einer Aussendung der ÖVP fest, in der gefordert wird, diese Produktion in Wien zu ermöglichen. Mrkvicka weiter: "Von uns aus sind alle Maßnahmen getroffen, um diese Aufführung, an der uns wegen der Qualität des Serapionstheaters sehr liegt, nach Wien zu bekommen. Es liegt nun am Serapionstheater, das derzeit noch Terminfragen klärt, dieses Angebot anzunehmen." (Schluß) gab/gg

NNNN